

**Unterrichtung**  
**über die Sitzung des Verbandsgemeinderates der**  
**Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf**  
**am Montag, dem 21.12.2009 um 17.00 Uhr**  
**in der Festhalle in Thalfang**

Mit Hinweis auf die mit Schreiben vom 09.12.2009 erfolgte Einladung eröffnete Bürgermeister Dellwo die Sitzung und begrüßte die Anwesenden.

Er stellte fest, dass die Ratsmitglieder nach ordnungsgemäßer Einladung in beschlussfähiger Zahl erschienen waren.

Gegen Form und Frist der erfolgten Einladung wurden keine grundsätzlichen Bedenken erhoben. Die Schriftführung wurde von dem dazu bestellten Schriftführer FBL 1 Suska wahrgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden folgenden Dringlichkeits- und Absetzungsanträge gem. § 16 der Geschäftsordnung i.V.m. § 34 Abs. 7 GemO gestellt:

1. Antrag des Bürgermeisters auf Verabschiedung einer Resolution bezüglich der Zuordnung der Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf zur ärztlichen Bereitschaftszentrale in Birkenfeld.

Der Bürgermeister verwies diesbezüglich auf ein ihm am heutigen Tage zugegangenes Schreiben der Ortsgemeinden Büdlich und Heidenburg, in dem die Dringlichkeit der Angelegenheit und die Zuständigkeit der Verbandsgemeinde erläutert wird.

Dem Antrag wurde zugestimmt. In der Reihenfolge der Tagesordnung wurde die Angelegenheit als Tagesordnungspunkt 9 eingestuft.

Der Beschluss erfolgte mit 22 Ja-Stimmen (einstimmig).

2. Antrag der FWG-Fraktion auf Absetzung der Tagesordnungspunkte 5 und 6 „Wirtschaftsplan 2010/Entgelte 2010“ und „Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010“.

Der Vorsitzende der FWG-Fraktion Richard Pestemer begründete den Antrag wie folgt:

Die bezeichneten Tagesordnungspunkte werden solange ausgesetzt bis entsprechend § 108 Abs. 2 Nr. 4 GemO der rechtlich vorgeschriebene Jahresabschluss einschl. der Bilanz vorgelegt wird.

Begründung: In dem Vorbericht der von der VG-Verwaltung vorgelegten Entwürfen und der Vorlage des Entwurfes für die Haushaltsatzung und des Haushaltsplan heißt es „vor dem Hintergrund der noch nicht abgeschlossenen Umstellungsphase von der Kameralistik zur Doppik kann den bezeichneten gesetzlichen Anforderungen auch in 2010 noch nicht in vollem Umfang Rechnung getragen werden können“. In dem Kommentar „Haushaltswirtschaft“ des Kommunalbreviers 2009 heißt es unmissverständlich: „Spätestens seit dem 01. Januar 2009 haben alle Kommunen in RLP ihre Haushalte nach kaufmännischen Gesichtspunkten (im Sinne der Doppik) aufzustellen“. Denn nach § 47 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) ist die Bilanz das Kernstück des doppischen Rechnungswesens. Laut Ausführungen im Kommentar des Kommunalbreviers 2009, S. 532, soll somit durch die Darstellung der Aktiva und Passiva „erstmalig sichtbar ob und in wie weit eine Kommune ein Vermögensverzehr vornimmt bzw. vornehmen muss (Leben von der Substanz)“.

Ebenso fehlen bei der Vorlage der Wirtschaftspläne der VG-Eigenbetriebe Wasser/Abwasser/Nahwärme die Bilanzen entsprechend der Doppik. Insofern liegen die erforderlichen Beratungsunterlagen nicht im rechtlich vorgeschriebenen Umfang vor, sodass eine verantwortliche Prüfung und abschließende Beratung durch die gewählten VG-RatsmitgliederInnen nicht erfolgen kann.

Vom Bürgermeister wurde darauf hingewiesen, dass der Rat trotz noch nicht beschlossener „Eröffnungsbilanz Doppik“ gesetzlich und rechtlich nicht gehindert ist über die zur Absetzung beantragten Tagesordnungspunkte zu beraten und zu beschließen. Im Übrigen werde die Verwaltung die Eröffnungsbilanz in der ersten Jahreshälfte 2010 zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Der Beschluss erfolgte mit 2 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen.

### 3. Antrag der SPD-Fraktion zur „Kommunal- und Verwaltungsreform“

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Die SPD Ratsfraktion beantragt: Der Verbandsgemeinderat beschließt: Der Verbandsgemeinderat Thalfang am Erbeskopf nimmt unverzüglich und zielstrebig Verhandlungen mit Nachverbands-gemeinde Neumagen-Dhron auf mit dem Ziel einer freiwilligen Fusion der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf in seiner Gesamtheit mit der Verbandsgemeinde Neumagen-Dhron.

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion Bettina Brück führte im Wesentlichen zur Begründung aus, dass eine freiwillige Fusion mit der Verbandsgemeinde Neumagen-Dhron aus Sicht ihrer Fraktion die einzige Möglichkeit sei die Strukturen beider Verbandsgemeinden in „Gänze“ zu erhalten. Auch biete diese Variante andere Perspektiven der Arbeitsplatzsicherung für die betroffenen Beschäftigten. Weiteres werde sie unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt ausführen.

Dem Antrag wurde zugestimmt. In der Reihenfolge der Tagesordnung wurde die Angelegenheit als Tagesordnungspunkt 10 eingestuft.

Der Beschluss erfolgte mit 20 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Anschließend wurde folgende Tagesordnung beraten:

## I. Öffentlicher Teil

1. Einwohnerfragestunde
2. Mitteilungen des Bürgermeisters
3. Feststellung der Jahresabschlüsse 2008 für die Betriebszweige Wasserversorgung und Abwasserreinigung
4. Abnahme der Jahresrechnung 2008
5. Wirtschaftsplan der Verbandsgemeindewerke 2010 und Festsetzung der Entgelte 2010
6. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010 gem. §§ 95 und 96 GemO
7. Schulsporthalle Thalfang
8. Gefahrenabwehrverordnung
9. Resolution bzgl. der Zuordnung der Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf zur ärztlichen Bereitschaftszentrale in Birkenfeld
10. Kommunal- und Verwaltungsreform
11. Informationen
  - a) Anfragen zur Nahwärmeversorgung in der Ortsgemeinde Thalfang
  - b) Neue Straßenbeleuchtungsverträge der Ortsgemeinden

## I. Öffentlicher Teil

### Zu TOP 1: Einwohnerfragestunde

Von einem Einwohner wurden Defizite der Audioanlage bzw. einer mangelnden Sprachübermittlung im Zuhörerbereich des Sitzungsraumes kritisiert.

Der Bürgermeister sagte zu in den kommenden Sitzungen für eine adäquate Verbesserung der diesbezüglichen Situation Sorge zu tragen.

Darüberhinaus wurde von der nach § 16a GemO und § 21 der Geschäftsordnung eingeräumten Möglichkeit Fragen aus dem Bereich der öffentlichen Verwaltung zu stellen von den betreffenden anwesenden Personen keinen Gebrauch gemacht.

### **Zu TOP 2:    Mitteilungen des Bürgermeisters**

Der Bürgermeister informierte über folgenden Angelegenheiten.

- a) Die Zusage des Ministers des Inneren und für Sport Herrn Karl Peter Bruch zur Teilnahme an der öffentlichen Verbandsgemeinderatsitzung am 15.01.2010 ab 15.30 Uhr.
- b) Die vorgesehenen Termine für die Etatberatungen 2010 der Ortsgemeinden und Zweckverbände.

### **Zu TOP 3:    Feststellung der Jahresabschlüsse 2008 für die Betriebszweige Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernahm das älteste Ratsmitglied Rudi Marx, Talling den Vorsitz und übergab der Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses der Verbandsgemeinde Ratsmitglied Christel Wieck, Thalfang das Wort.

Sie führte aus, dass in den Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses am 13. und 18.05.2009 eine intensive Prüfung der Belege und Rechnungen erfolgt sei. Dabei seien keine abnahmehindernden Feststellungen getroffen wurden. Im Übrigen nahm sie Bezug auf die gesetzlich vorgeschriebene Schlussbesprechung im Werksausschuss in seiner Sitzung am 07.12.2009, die als Ergebnis den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk über beide Betriebszweige zum Gegenstand habe.

Vor dem Hintergrund der erfolgten Prüfungen schlage der Rechnungsprüfungsausschuss dem Verbandsgemeinderat vor die Jahresabschlüsse 2008 beider Betriebszweige analog der Beschlussempfehlung des Werksausschusses festzustellen und dem Bürgermeister und den Beigeordneten Entlastung zu erteilen.

In der anschließenden Aussprache erklärte der Vorsitzende der FWG-Fraktion Richard Pestemer, dass seine Fraktion wegen der, wie er sagte, verfehlten Wasserpolitik der Verbandsgemeinde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde.

Anschließend stellte der Vorsitzende die Jahresabschlüsse 2008 entsprechend der Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Es wurde folgender Beschluss gefasst:

#### **A) Betriebszweig Wasserversorgung**

Jahresabschluss zum 31.12.2008:

1. Die Bilanz zum 31.12.2008 schließt in Aktiva und Passiva mit einer Bilanzsumme vom 7.418.569,47 € ab.
2. Die Jahreserfolgsrechnung für das Wirtschaftsjahr 2008 weist einen Jahresgewinn in Höhe vom 73.482,07 € aus.

3. Der Jahresabschluss zum 31.12.2008 wird in der vorliegenden Form festgestellt und genehmigt.
4. Der Jahresgewinn zum 31.12.2008 in Höhe von 73.482,07 € wird mit dem Verlustvortrag verrechnet.

#### B) Betriebszweig Abwasserreinigung

Jahresabschluss zum 31.12.2008:

5. Die Bilanz zum 31.12.2008 schließt in Aktiva und Passiva mit einer Bilanzsumme vom 19.525.438,34 € ab.
6. Die Jahreserfolgsrechnung für das Wirtschaftsjahr 2008 weist einen Jahresverlust in Höhe von 221.138,45 € aus.
7. Der Jahresabschluss zum 31.12.2008 wird in der vorliegenden Form festgestellt und genehmigt.
8. Der Jahresverlust zum 31.12.2009 in Höhe von 221.138,45 € wird aus Mitteln der zweckgebunden Rücklage abgedeckt, da in künftigen Jahren nicht mit einem Jahresgewinn zu rechnen ist.

Dem Bürgermeister, den Beigeordneten und der Werkleitung wurde aufgrund der Abschlussprüfung für die Jahresabschlüsse 2008 der Betriebszweige Wasserversorgung und Abwasserreinigung Entlastung erteilt.

Der Beschluss mit 19 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen.

Der Bürgermeister und die Beigeordneten Knippel, Resch und Pfeiffer haben gem. § 110 Abs. 3 i.V.m. § 22 GemO an der Beratung und soweit abstimmungsberechtigt nicht an der Abstimmung teilgenommen.

#### **Zu TOP 4: Abnahme der Jahresrechnung 2008**

Die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses Ratsmitglied Christel Wieck verwies auf die Sitzungsvorlage und die am 13.05. und 18.05.2009 stattgefundenen Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses. Sie erläuterte die wesentlichsten in der betreffenden Niederschrift dokumentierten Feststellungen bzw. Empfehlungen. Im Ergebnis habe die Prüfung der Jahresrechnung 2008 zu keinen abnahmehindernden Feststellungen geführt. Sie schlug vor die Jahresrechnung 2008 entsprechend der Sitzungsvorlage festzustellen und dem Bürgermeister und den Beigeordneten Entlastung zu erteilen. Sie bedankte sich beim Rechnungsprüfungsausschuss der in 2009 ausgelaufenen Legislaturperiode und bei der Verwaltung für die gute, konstruktive und zielorientierte Zusammenarbeit.

In der anschließenden Aussprache kritisierte der Vorsitzende der FWG-Fraktion Richard Pestemer, dass seitens des Rechnungsprüfungsausschusses keine Konsolidierungsvorschläge unterbreitet worden seien. Dazu entgegnete die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, dass sich der Prüfungsauftrag des Ausschusses an den gesetzlichen und rechtlichen Vorgaben orientiere und auf die Einhaltung der Beschlüsse des Rates beschränke. Insoweit bestehe keine Veranlassung zu Beanstandungen.

Anschließend wurde unter Vorsitz des ältesten Ratsmitgliedes Rudi Marx, Talling folgender Beschluss gefasst:

Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2008 wird wie folgt festgesetzt:

Im Verwaltungshaushalt	in der Einnahme auf	7.159.486,64 €
	in der Ausgabe auf	9.881.686,64 €
	Fehlbetrag	-2.722.200,00 €
im Vermögenshaushalt	in der Einnahme auf	436.867,12 €
	in der Ausgabe auf	436.867,12 €

Die Haushaltsüberschreitungen entsprechend der Nachweisung in der Haushaltsrechnung werden nachträglich genehmigt.

Den Haushaltsüberschreitungen stehen Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben in gleicher Höhe gegenüber.

Dem Bürgermeister und den Beigeordneten wird aufgrund der Prüfung für die Rechnung des Jahres 2008 Entlastung erteilt.

Der Beschluss erfolgte mit 19 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen.

Der Bürgermeister und die Beigeordneten Knippel, Resch und Pfeiffer haben gem. § 110 Abs. 3 i.V.m. § 22 GemO an der Beratung und soweit abstimmungsberechtigt nicht an der Abstimmung teilgenommen.

Die Jahresrechnung mit Rechenschaftsbericht liegt in der Zeit vom 18.01. – 26.01.2010 während der allgemeinen Öffnungszeiten im Zimmer 8 der Verbandsgemeindeverwaltung Thalfang am Erbeskopf, Saarstraße 7, 54424 Thalfang zur Einsicht aus.

### **Zu TOP 5: Wirtschaftsplan der Verbandsgemeindewerke 2010 und Festsetzung der Entgelte 2010**

Mit Hinweis auf die erfolgte intensive Vorberatung in der Sitzung des Werkausschusses am 07.12.2009 erläuterte der Bürgermeister zunächst die wesentlichsten Eckdaten der jeweiligen Betriebszweige, wobei er insbesondere die moderate Entgeltstruktur und die vorbildliche Infrastrukturausstattung des hiesigen Eigenbetriebes im landesweiten Vergleich hervorhob. Dank der Weitsicht der lokalen Kommunalpolitiker und Vertretungsorganen in den zurückliegenden 40 Jahren, verbunden mit innovativen und zukunftsweisenden Lösungen präsentierten sich die Betriebszweige der Verbandsgemeindewerke auf hohem Niveau.

Erfreulich für die BürgerInnen sei, dass auch in 2010 wiederum eine Änderung der laufenden Entgelte nicht vorgesehen sei. Lediglich die einmaligen Entgelte würden auf der Basis bereits in Vorjahren gefasster Beschlüsse einer Preisindexanpassung und einer Angleichung an die maßgeblichen Durchschnittssätze unterworfen.

Bei einem geplanten Jahresüberschuss vom 13.233 € betrage der Liquiditätsüberschuss im Betriebszweig Wasserversorgung in 2010 182.223 €, während sich im Betriebszweig Abwasserreinigung bei einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 276.537 € nur noch ein geringer Liquiditätsüberschuss von 3.283 € ergebe. Im neuen Betriebszweig „Wärmeversorgung“ betrage der veranschlagte Jahresüberschuss 3.330 €, wobei er darauf hinwies, dass bezüglich des vorgesehenen Entgeltsatzes für das im Bau befindliche Nahwärmversorgungsnetz in der Ortsgemeinde Thalfang eine Erfahrungsphase von, je nach Witterungsverlauf, 2 bis 3 Heizperioden abgewartet werden müsse.

Auch informierte er in diesem Zusammenhang über den aktuellen Bau- und Sachstand des Projektes „Nahwärmenetz“.

Der Investitionskostenansatz betrage im Betriebszweig Wasserversorgung 1.029 T €, im Bereich Abwasserreinigung 2.420 T € und im Betriebszweig Wärmeversorgung 1.054 T €; insgesamt demnach rd. 4,5 Mio. €. Hiermit werde ein erheblicher Investitions- und Finanzbeitrag zur Wirtschaftsentwicklung und konjunkturellen Wiederbelebung geleistet. Die veranschlagten Investitionsmaßnahmen wurden von ihm im Einzelnen dargestellt und erläutert.

Für die SPD-Fraktion verwies Ratsmitglied Alfred Eberhard zunächst auf die konstruktive und intensive Vorberatung des Wirtschaftsplanes 2010 in der Sitzung des Werksausschusses am 07.12.2009. Er stellte fest, dass die vorgesehene ausgewogene Entgeltsgestaltung, ohne Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, im Bereich der laufenden Entgelte für die BürgerInnen erfreulich und vertretbar sei. Auf solche Sätze könne die Verbandsgemeinde stolz sein. Viele im Wirtschaftsplan 2010 veranschlagte Investitionsmaßnahmen seien bereits planerisch, organisatorisch und bautechnisch auf den Weg gebracht. Die größten Investitionsmaßnahmen, wie beispielsweise das Gewerbegebiet „Hasenwies“ Malborn, die Kläranlage Heidenburg oder die Kläranlage Gräfenhron seien überwiegend mit zum Teil beträchtlichen Fördermitteln des Landes finanziert und von besonderer Bedeutung für die Struktur und Zukunftsentwicklung der jeweiligen Ortsgemeinden. Er sprach sich dafür aus weitere abgestimmte Schritte zur langfristigen und tragfähigen Sicherstellung der Wasserversorgung in der Verbandsgemeinde einzuleiten. Im Hinblick auf eine verursachungsgerechte Finanzierung der hohen Vorhaltekosten beim Kostenträger Schmutzwasser sollte in den nächsten Jahren ein Wiederkehrender Beitrag für das Schmutzwasser geprüft werden. Bezüglich des Betriebes des Nahwärmenetzes und den damit im Zusammenhang stehenden Entgelten verwies er auf die zur aussagekräftigen betriebswirtschaftlichen Kalkulation erforderliche Erfahrungsphase. Er betonte mit Blick auf „Kopenhagen“ die hohe umweltwirksame Relevanz der Maßnahme mit einer Entlastung der Erdatmosphäre von 250 Tonnen Kohlendioxid jährlich. Abschließend stellte er fest, dass die SPD-Fraktion dem vorgelegten Wirtschaftsplan 2010 mit der Entgeltgestaltung 2010 entsprechend der Beschlussempfehlung des Werksausschusses zustimmen werde. Er bedanke sich beim Werksausschuss, beim Rat, dem Bürgermeister und der Verwaltung für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Mit Hinweis auf den fristgerecht vorgelegten Lagebericht, der übersichtlich und transparent einen vergangenheits-, gegenwarts- und zukunftsorientierten Überblick über die Lage des Eigenbetriebs vermittele, bedankte er sich bei der Werkleitung für die gute und gründliche Vorarbeit.

Die Beibehaltung der laufenden Entgelte in unveränderter Höhe bewertete er als äußerst positiv und erfreulich für alle Tarifabnehmer. Die Preisindexanpassungen bei den einmaligen Entgelten seien verursachungsgerecht und trage zudem den Grundsätzen der Preisstabilität und -kontinuität bei den laufenden Entgelten Rechnung.

Der Wirtschaftsplan 2010 enthalte sowohl im Betriebszweig Wasserversorgung als auch im Betriebszweig Abwasserreinigung alle realistischen Investitionsbegehren der Ortsgemeinden im Hinblick auf eine nachhaltige Weiterentwicklung bzw. Stabilisierung ihres örtlichen Gemeinwesens, wobei festzustellen sei, dass die Ortsgemeinden vor dem Hintergrund der entstehenden hohen Vorfinanzierungsaufwendungen ihre Baugebietsausweisungen „gedrosselt“ hätten, um nicht zuletzt auch größeres Augenmerk auf die Innenentwicklung zu legen.

Er stellte er fest, dass die CDU-Fraktion dem Wirtschaftsplan 2010, sowie der Festsetzung der Entgelte 2010 in der vorgelegten und vom Werksausschuss zur Beschlussfassung vorgesehenen Fassung zustimmen werde.

Für die FDP-Fraktion bedankte sich deren Vorsitzende Christel Wieck für die Vorlage der umfassenden, informativen und transparenten Sitzungsvorlagen. Der Wirtschaftsplan 2010 sei realistisch und orientiert an den Erfordernissen der Ortsgemeinden aufgestellt. In der differenzierten und ver-

ursachungsgerechten Entgeltsgestaltung spiegele sich Augenmaß und Vertretbarkeit. Die FDP-Fraktion stehe hinter den vorgelegten Beschlussvorschlägen und werde sich vollumfänglich den Beschlussempfehlungen des Werksausschusses anschließen.

Seitens der FWG-Fraktion wurde von dessen Vorsitzendem folgende Stellungnahme zu Protokoll gegeben:

Vorab: Die FWG-Fraktion werden weder dem vorliegenden Wirtschaftsplan noch dem vorgelegten Haushalt 2010 zustimmen. Wie schon dargestellt wegen der nicht hinreichenden Beratungsunterlagen, wesentlich aber wegen der verfehlten Gesamtrichtung!

Wobei wir erkennen, dass es in bestimmten Einzelfragen, durchaus Annäherungen zu unseren Positionen von den Fraktionen gibt.

2 Beispiele:

1. Die Landesregierung empfiehlt den Vorrang des Innenausbau der Ortsgemeinden vor den Außenausbau. Begründet wird dies mit der Vermeidung von Leerständen, mit den Verweis auf die demographische Entwicklung und auch mit aufwendigen Bau von Wasserversorgungssystem und dem Kanalbau. Im Vorjahr gab es dazu eine Kontroverse auf der VG-Ratssitzung in Berglicht: Warum? Weil mein Fraktionskollege Huber Schu darauf hinwies, dass der Bau von Neubaugebieten und von Gewerbegebieten außerhalb der Ortskerne kritisch zu sehen ist. Und es Verbandsgemeinden gibt, die die Erschießungsgebühren für Wasseranschlüsse und Kanal nicht mehr übernehmen. Es hat nunmehr den Anschein, als würden auch die anderen Fraktionen, zumindest die CDU, diese Auffassung inzwischen durchaus teilen wollen. Des weiteren haben wir immer wieder auf den ökologischen und wirtschaftlichen Vorteil – was immer als eine Einheit sehen – von dezentralen Kleinkläranlagen sowie den Bau von Schilfkläranlagen verwiesen.
2. Grundsätzlich begrüßen wir – von der Idee her – den Aufbau eines Nahwärmeversorgungsnetz gespeist aus Abwärme der Hochwald-Nahrungsmittelwerke in der Ortsgemeinde Thalfang. Allerdings sind wir der Meinung, dass hier kein durchdachtes Konzept vorliegt. Mit heißer Nadel und unzureichender Beratung wurde mit ständigen Verweis auf die Fördermittel Druck auf die RatsmitgliederInnen ausgeübt. Ungeklärt ist nach wie vor eine verbindliche Zusage der Hochwald-Nahrungsmittelwerke ob und wie lange sie den Standort Thalfang aufrechterhalten wollen. Die Nahrungsmittelwerke verstehen sich ja eher als kleiner Global Player denn als regional ausgerichtetes Unternehmen. Wie geht es dann weiter mit der Nahwärmeversorgung und wer trägt die Kosten? Und was auch nicht sein kann ist, dass unseres Erachtens in unzulässiger Weise öffentliche Fördermittel für die Anschließung von Privathaushalten eingesetzt werden. Damit nicht genug: Uns ist zugetragen worden, dass bei der Verlegung von Leerrohren zur Sicherstellung der Nahwärmeversorgung diese zu klein dimensioniert worden wären. Wir haben im letzten Werksausschuss dazu Anfragen gestellt, bis heute aber keine Antwort erhalten. Es wäre jetzt der richtige Zeitpunkt unsere Fragen zu beantworten. Hier zeigt sich also zum wiederholten Male, wie konzeptionslos in Sachen Energie- und Ressourcenkonzeption vorgegangen wird.

Aber verwundern tut dies uns nicht. Unseren weitreichenden Antrag einen Energie- und Ressourcenberater zu installieren, den wir mehrfach gestellt hatten, wurde abgelehnt. Dessen Aufgabe sollte sein alle Sparpotentiale im Energie- und Ressourcenbedarf ausfindig zu machen und in Abstimmung mit den Ortsgemeinden effiziente und angepasste durchdachte Konzepte zu entwickeln. Diesen Antrag werden werden wir demnächst erneut Werksausschuss stellen.

Warum? Die Werke sind happy, wenn der Wasserverbrauch steigt. Genauso wie RWE happy ist, wenn möglichst viel Strom – inklusive Atomstrom – den Ortsgemeinden und der Verbandsgemeinde verkauft wird.

Dieses vollkommen unzeitgemäße Denken ist nach wie vor bestimmend für die Werke, für die VG-Verwaltung und die anderen Fraktionen.

In unseren Augen aber ist es nicht ein Grund zur Freude, dass z.B. die Sprudelwerke – ohne Konzessionsabgaben – möglichst viel unseres wertvollen Quellwassers verkaufen. Eine derartige Form von Wirtschaftsförderung zu Lasten der BürgerInnen und unserer wertvollen Quellwasservorräte lehnen wir entschieden ab. Bei geschätzten 400 Mio. Liter konzessionsfrei abgezapften besten Quellwassers würde 1 Cent Konzessionsabgabe jährlich 4 Mio. € Einnahmen erbringen. Das wäre gut für alle BürgerInnen und gut für die Werke, die mit fast 12 Mio. € (genau sind es 11.892.000 €) in der Kreide stehen. Und bis heute sind aber **al** unsere Anfragen an die Sprudelwerke und Verwaltung, wie viele Beschäftigte es in den Sprudelwerken gibt, wohin deren Steuern fließen und wie viel Quellwasser konkret wie und wo abgepumpt wird unbeantwortet geblieben. Und wenn wir von der Erhebung von Konzessionsabgaben für den Verkauf von Quellwasser reden, dann dürfen wir die geschätzten 40 Mio. Liter der Nikolausquelle in Malborn nicht vergessen. Übrigens die Gerolsteiner Sprudelwerke entrichten mehr als 1 Cent Konzessionsabgabe. Stattdessen wird als „Ausgleich“ für die Überausbeutung der wertvollen Quell-Wasserschätze in unserer Verbandsgemeinde der Bau der kostenträchtigen „überörtlichen Trinkwasserleitung“ (TWL) zwischen der VG Hermeskeil und der VG Thalfang, weiter vorangetrieben. Über die dann im Verhältnis zum hochwertigen Quellwasser in unserer Verbandsgemeinde minderwertigeres Oberflächenwasser aus der Primstalsperre eingespeist wird. Von der Kostenentwicklung bewegt sich die TWL in Richtung 2 Mio. € aufwärts.

Für die FWG ist hingegen klar: Wir wollen Wasser sparen, und wir wollen Kosten sparen.

Wir wollen aber nicht die Bürger mit weiteren Abgabenerhöhungen belasten. Und wenn der Trierische Volksfreund betont, dass der Wasserpreis von 95 Cent und der Schmutzwasserpreis von 1,87 € unverändert bestehen bleiben, so ist das auch auf unsere unablässige Aufklärungsarbeit unter den BürgerInnen zurückzuführen. Es stimmt: Die jedem Bürger vertrauten Entgelte bleiben vorläufig unangetastet. Aber bei einer genaueren Betrachtung der Festsetzung der Entgelte in der vorliegenden Beschlussvorlage können wir feststellen, wie an den Entgeltschrauben gedreht wird. Zum Beispiel: Höheransetzung der „einmaligen – dreifach gegliederten – Beiträge der erstmaligen Herstellung für Vollgeschosse“ von 1,90 € auf 1,94€/ von 1,54 € auf 1,58 € und vom 3,07 € auf 3,19 €. Mit anderen Worten: Gegenüber dem TV wird nach außen hin behauptet, es kommen auf die BürgerInnen keine Belastungen zu, klamm und heimlich aber wird an der Entgeltschraube weiter gedreht.

Die FWG werden weiterhin werde offene noch versteckte Wasserentgelterhöhungen hinnehmen oder gar billigen. Wir werden erneut unseren Antrag nach einer kostenfreien Wasserkontingent von 150 Liter pro Tag und Kopf für alle BürgerInnen einfordern. Denn Wasser ist ein Grundnahrungsmittel auf das jeder Bürger einen Anspruch hat. Im Artikel 20 des Grundgesetzes heißt es daher folgerichtig. „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

Also Wassersparen sowie Kosten einsparen ist angesagt! Und nicht eine weitere Belastung der BürgerInnen.

Und zum Ressourcensparen bei Wasser und Strom – das sei in der Winterzeit und angesichts der Klimaverhandlungen in Kopenhagen auch einmal gesagt – gehört auch der Verzicht des unsinnigen Einsatzes der Schneekanonen auf dem Erbeskopf!

Die Ablehnung des vorliegenden Wirtschaftsplanes erfolgt also aus grundlegenden Erwägungen, das wir, die FWG-Fraktion, die Gesamtrichtung des Wasser- und Abwasserpolicies für verfehlt halten.

Alternativ dazu stellen wir nachfolgende Sachanträge:

1. Der VG-Rat lehnte sämtliche Erhöhungen der Entgelte im Betriebszweig Wasserversorgung sowie Betriebszweig Abwasserversorgung ab.
2. Die laufenden Entgelte für Groß- und Sonderabnehmer werden vereinheitlicht auf 0,95 Euro/m<sup>3</sup> ebenso für öffentliche Grün, Sport- und Erholungsflächen
3. Die Tarifabnehmer im Sinne natürlicher Personen erhalten ein kostenloses Wasserkontingent von 150 m<sup>3</sup> pro Tag/pro natürliche Person.  
Über das kostenlose Wasserkontingent hinaus wird jeder weitere Wasserabnahme mit 3 €/m<sup>3</sup> berechnet.
4. Einführung einer Konzessionsabgabe von mindestens 1 Cent/ pro Liter (Mineralwasser) für kommerzielle Nutzung von heimischem Quellwasser

Über die vorstehend aufgezeigten Sachanträge wurde abgestimmt, die Anträge wurden abgelehnt.

Der Beschluss erfolgte jeweils mit 2 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen.

Dem Wirtschaftsplan einschl. Stellenübersicht und Investitionsprogramm 2009 -2013 stimmte der Verbandsgemeinderat nach erfolgter Beratung in der vom Werksausschuss zur Beschlussfassung empfohlenen Form zu und beschloss folgende Festsetzung:

Der Inhalt der Wirtschaftsplanes wird nach Genehmigung durch die Kommunalaufsicht bekanntgegeben.

Weiterhin wurde der Festsetzung der Entgelte für das Wirtschaftsjahr 2010 entsprechend der in der Beschlussvorlage mit der vorgeschlagenen Anpassung bei den einmaligen Entgelten zugestimmt. Für die Entgelte werden Vorausleistungen erhoben. Die Entgelte wurden wie folgt festgesetzt:

Die Entgelte werden nach Genehmigung durch die Kommunalaufsicht bekanntgegeben.

Der Beschluss über die Festsetzung des Wirtschaftsplanes 2010 der Verbandsgemeindewerke Thalfang am Erbeskopf einschl. Stellenübersicht und Investitionsprogramm 2009 -2013, sowie die Festsetzung der Entgelte für das Wirtschaftsjahr 2010 einschl. der Festlegung Vorausleistungen zu erheben erfolgte mit 20 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen.

### **Zu TOP 6: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010 gem. § 95 und 96 GemO**

Bezugnehmend auf die Ausführungen im Haushaltsrundsreiben 2010 des Ministers des Inneren und für Sport stellte der Bürgermeister einleitend fest, dass die derzeitige Rezession tiefer Löcher in alle öffentliche Haushalte reiße. Die Aussichten auf eine Entspannung hätten sich mit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise trotz zurzeit bestehender vorsichtig positiver Konjunkturprognosen wieder verschlechtert. Diese negative Entwicklung lasse sich bei den Kommunen besonders an den kontinuierlich steigenden Liquiditätskrediten ausmachen. Mit Blick auf den Staus Quo der Finanzen der Verbandsgemeinde sei in diesem Zusammenhang festzustellen, dass die Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf bekanntlicherweise dabei keine Ausnahme bilde. Ungeachtet dessen sei die Verbandsgemeinde innerhalb der gesetzlichen Vorgaben, insbesondere des ihr nach § 67 GemO obliegenden Aufgabenspektrums, zuständig für das Gemeinwohl in ihren 21 Ortsgemeinden und 2 Ortsteilen. Die BürgerInnen der Verbandsgemeinde hätten einen Anspruch auf eine

wirkungsvolle und nachhaltige Aufgabenerfüllung im Hinblick auf eine Annäherung an gleichwertige Lebens- und Wohnbedingungen im ländlichen Raum.

Der Bürgermeister bedankte sich beim Rat, den Gremien und allen Beteiligten für das im Interesse der BürgerInnen der Verbandsgemeinde in den zurückliegenden vier Jahrzehnten seit bestehen der Verbandsgemeinde Geleistete. Der aktuelle, umfassende und moderne Infrastrukturzustand in allen Ortsgemeinden sei ein eindeutiges Indiz für das erfolgreiche kommunalpolitische Wirken.

Auch der Haushalt 2010 beinhalte insbesondere mit den Investitionsmaßnahmen „Generalsanierung Realschule Plus“, „Sporthalle Thalfang“ und den „Feuerwehrgerätehäusern Thalfang und Immert“, sowie mit dem „Flussgebietsentwicklungskonzept Oberlauf Kleine Dhron“ verantwortungsvoll wieder eine Reihe neuer und äußerst wichtiger Entwicklungsansätze. Mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rd. 2,1 Mio. € und zusammen mit denen unter TOP 5 beschlossenen Investitionen des Eigenbetriebes in Höhe von rd. 4,5 Mio. € sei in 2010 insgesamt 6,7 Mio. € eine erhebliche Investitionssumme für die BürgerInnen der Verbandsgemeinde und ihrer Einrichtungen vorgesehen.

Positiv bewertete er auch, den in unveränderter Höhe vorgesehenen Allgemeinen Umlagesatz für die Verbandsgemeindeumlage, der mit 35 % seit 1998 unverändert geblieben sei. Damit werde zumindest seitens der Verbandsgemeinde die defizitäre Finanzsituation der Ortsgemeinden nicht weiter verschärft. Im Übrigen vertrete er die Auffassung, dass die kommunalen Finanzprobleme ohnehin nicht auf der örtlichen Ebene zu lösen seien. Er forderte diesbezüglich wiederholt dringend eine umfassende und weitreichende kommunale Finanzreform, um die Handlungsfähigkeit der weit überwiegenden Anzahl der Kommunen wieder herzustellen.

Mit dem Appell der Haushaltsatzung im Haushaltsjahr 2010 in der vorgelegten und vom Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 08.12.2009 empfohlenen Fassung zuzustimmen, bedankte er sich abschließend beim Rat und den Beigeordneten für die gute Zusammenarbeit und wünschte der Sitzung einen sachlichen Verlauf.

Für die SPD-Fraktion nahm deren Vorsitzende Ratsmitglied Bettina Brück zum Etat 2010 wie folgt Stellung:

Die SPD-Fraktion hat in mehreren Fraktionssitzungen den Etat, bei dem es nichts schönzureden gibt, beraten und unsere Schwerpunkte für das kommende Jahr festgesetzt. Viele Dinge hat meine Fraktion bereits in den Ausschusssitzungen angesprochen. Wie immer haben wir ein übersichtliches Werk als Unterlage erhalten, dafür unseren Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses. Allerdings sind die Unterlagen für manche Ausschusssitzung recht spät eingegangen, was eine wirkliche Auseinandersetzung im Ausschuss mit dem Haushalt schwierig macht. Da das Jahresende jedes Jahr zur gleichen Zeit naht, bitten wir die Unterlagen künftig doch rechtzeitig zuzustellen. Ich weiß, die Verwaltung hat viel Arbeit, aber Haushalte sind planbar, die Termine standen bereits ein halbes Jahr fest und wir beschäftigen uns ehrenamtlich mit den Dingen. Das sollte man nicht aus den Augen verlieren.

Der Haushalt der Verbandsgemeinde ist leider nicht mit Gold gesegnet. Weil wir aufgerufen sind, auch für die Menschen in der Verbandsgemeinde eine lebenswerte Infrastruktur zu schaffen, haben wir erneut ein Minus zu verzeichnen: im Ergebnishaushalt knapp 900.000 Euro, in der Investitionstätigkeit sogar rund 1,9 Mio Euro, die wir allein aus Kassenkrediten finanzieren müssen. Liest man dieser Tage die Presse, reihen wir uns allerdings in den Reigen vieler anderer Gebietskörperschaften ein. Und dann wird uns in Zukunft ein Gesetz der neuen schwarz-gelben Bundesregierung schwer zu schaffen machen: durch dieses Gesetz werden den Konjunkturausschichten, dem Land und den Zukunftsausschichten der Menschen einen schweren Schlag versetzt. Steuerausfälle für Rheinland-Pfalz in Höhe von 130 Mio Euro und nochmals weiteren 60 Mio Euro für die Kommunen werden uns treffen. Damit gerät die Einhaltung der neuen Schuldenregel massiv in Gefahr. Der sog. Bildungsgipfel war eine Farce, blieb im Ungewissen. Das Land hat die Konnexität (Wer bestellt, bezahlt) in die Landesverfassung geschrieben. Das sollte der Bund auch

endlich tun. Die Landesregierung hat trotz sinkenden Steuereinnahmen mittels des Stabilisierungsfonds den Kommunen in 2009 und 2010 rund 90 Mio Euro mehr Geld zugewiesen. Das Land gibt also auch in der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise mehr Geld für die Kommunen. Anders als in Hessen, wo die Kommunen ein Sonderopfer an das Land abführen sollen.

Im Kreis hat die SPD-Fraktion sich massiv gegen die Erhöhung der Kreisumlage auf 43 % gestellt. Aber die Mehrheit aus CDU und FDP hat dies durchgesetzt. Das bedeutet einen schweren Schlag für die Verbandsgemeinde und die Gemeinden. Nun ist das so und das ist leider zu akzeptieren. Anders als die FWG akzeptieren wir demokratisch gefasste Beschlüsse an, auch wenn wir sie nicht gut heißen und anders haben wollten. Aber dann müssen wir für eine andere Mehrheit kämpfen, um zu anderen Beschlüssen zu kommen. In der VG ist die Umlage seit 1998 konstant. Wir sehen da auch keinen Spielraum diese zu senken. Denn was wäre die Alternative? Sollen wir die Schule nicht sanieren, dann muss man das sagen. Sollen wir keine Feuerwehrgerätehäuser bauen, dann muss man das sagen. Sollen wir das Schwimmbad schließen, dann muss man das sagen. Die Liste wäre beliebig fortsetzbar. Wir wollen das alles nicht. Die Ratsmehrheit hat uns zwar die Oppositionsrolle zugewiesen, aber ich habe das schon mal gesagt: die SPD-Fraktion wird weiter verantwortliche Politik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger der Verbandsgemeinde machen.

Das wichtigste Vorhaben für das nächste und die kommenden Jahre ist für die SPD-Fraktion die Sanierung der Erbeskopf-Realschule Plus in Thalfang. Wir sehen auch angesichts der Schulentwicklung um uns herum eine gute Perspektive für unsere Schule. Dort wird gute Arbeit geleistet. Die Schulsozialarbeiterstelle, lange für gekämpft, ist jetzt da. Die Umstrukturierung zur RS+ ist wie zu erwarten problemlos gelungen. Jetzt muss die Sanierung so schnell wie möglich durchgezogen werden. Zuviel Zeit ist schon vergangen. Wir wollen eine zeitgemäße, moderne, attraktive und schadstofffreie Schule. Deshalb unser Antrag: wir wollen die Zeit – und Maßnahmen plan verbindlicher gestalten, damit noch für das Schulbauprogramm 2010 ein bewilligungsreifer Antrag vorliegen kann. Momentan werden allerorten viele Anträge für das Schulbauprogramm gestellt. Deshalb wird es sicher nicht einfach werden. Wir müssen gut und schnell sein, im Sinne der Kinder und der Lehrkräfte. Spannend wird auch sein, ob der Kreis die versprochene 50%-ige Mitfinanzierung doch noch macht. Bei der Diskussion um die Schulträgerschaft in anderen VG's des Kreises relativiert sich dann vielleicht auch unsere VG-Umlage, da wir schon immer unsere Schule komplett selbst finanzieren. Nichts desto trotz sollte es Perspektive sein, alle weiterführenden Schulen in Trägerschaft des Kreises zu haben.

Für die Weiterentwicklung der Ganztagsangebote an der RS+ und an der Grundschule bietet sich die Besetzung einer FSJ-Stelle an. Dies habe ich bereits im Schulträgerausschuss angeregt. Wir haben bewusst auf einen Antrag verzichtet, weil wir nach nochmaliger Recherche die Information haben, dass sich die Schulen selbst auch mit einem FSJ-Träger in Verbindung setzen können. Die VG als Schulträger sollte da weiter unterstützend tätig sein.

Sicher stellen die Ferienzeiten Familien immer wieder vor das Problem Familie und Beruf gut unter einen Hut zu bekommen. Um die Vereinbarkeit zu stärken, hat das Land angekündigt, die Kommunen bei Ferienbetreuungsmaßnahmen zu unterstützen. Hierzu ist eine finanzielle Förderung über die Jugendämter möglich. Wir haben seit Jahren eine Ferienbetreuungsmaßnahme in der VG. Es wäre doch sicher sehr interessant, diese so anzulegen, dass eine solche Förderung möglich ist. Bedingung dafür ist u.a. eine Kooperation mit den Ganztagschulen und Kooperationspartnern z.B. aus dem Sport. (Bisher profitieren 2 Maßnahmen in WIL und BKS mit den dortigen großen Sportvereinen).

Einen Punkt zur Tagesordnung nehme ich schon ml vorweg: wir werden uns bei der Sanierung der Turnhalle in Thalfang auch angesichts der Sporthallensituation einer zukunftsgerichteten Lösung nicht verschließen. Allerdings soll die Dimension des Projekts nochmals geprüft werden. Wir zweifeln u.a. den Bedarf an 400 Zuschauerplätzen an. Gut ist, dass ein lang ersehntes Projekt, die Sanierung des Sportplatzes in diesem Jahr so erfolgreich abgeschlossen wurde und auch der Schulsport hiervon immens profitiert.

Aber bleiben wir beim Thema Sporthallensituation. Wir haben dazu einen Antrag gestellt, der eine Gleichbehandlung aller Sportvereine zum Ziel haben soll. Sport ist wichtig und gesund. Das Thema hat zu Recht eine große gesellschaftliche Brisanz und Aufmerksamkeit. Wir begrüßen das große sportliche Engagement in Horath und wollen auch, dass die Vereine in der Lage sind, das auszuüben. Aber es muss gerecht zugehen: in vielen Gemeinden der VG wird auch Vereinssport ohne Hallenbenutzung und Abrechnung über die VG betrieben, z.B. in öffentlichen Räumen oder Gemeindehäusern. Das kann natürlich nicht für alle Sportarten gelten. Wir sehen durchaus freie Kapazitäten und Optimierungsbedarf bei der Hallenbelegung in Thalfang und Heidenburg. Näheres gern auf Anfrage bzw. im Ausschuss.

Bei der Sportförderung beantragen wir außerdem wie im letzten Jahr, dass wir überregionale, internationale Großsportereignisse angemessen fördern können, um Durchführung zu sichern. Dafür möchten wir den Haushaltsansatz auf 5.000 Euro erhöhen. Solche Sportveranstaltungen sind Aushängeschild und außergewöhnlicher Werbeträger für unsere Verbandsgemeinde. Davon profitieren unsere heimischen Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe, aber auch der Einzelhandel. Darüber hinaus ist der neue Wirtschaftsförderer mit seinen Kontakten bestimmt in der Lage Sponsorengelder für solche herausragenden Ereignisse ein zu werben.

Seit Jahren setzen wir einen wichtigen Schwerpunkt in den Bereichen Tourismus, Kultur und Wirtschaftsförderung in unserer VG. Wir haben es bereits mehrfach gesagt und festgestellt: Tourismus, Kultur und Wirtschaftsförderung sind eng miteinander verwoben. Tourismus ist Wirtschaftsförderung. Deshalb wollen wir diese Bereiche endlich professioneller angehen, und fordern ein Konzept für jeden Bereich. Wir haben ja jetzt einen kompetenten Mann in der Wirtschaftsförderung, dem das sicher nicht schwer fallen wird. In einem solchen Konzept können wir uns z.B. auch vorstellen: Untersuchung von Photovoltaik oder Solarenergie auf kommunalen und privaten Gebäuden, Möglichkeiten der Nutzung nachwachsender Rohstoffe, weitere Verbindungen zum Nahwärmenetz in Thalfang, Finanzierungsinitiativen zur Nutzung alternativer Energien oder energetische Sanierung mit örtlichen Banken für Privatleute etc.

Im Kulturbereich wird eine sehr engagierte und gute Arbeit geleistet. Allerdings müssen wir uns endlich der Frage stellen, ob wie wir die knappen finanziellen Mittel künftig einsetzen: wollen wir warten, bis jemand sich an die VG wendet, oder selbst ein Konzept haben, heimische Kultur fördern oder Großprojekte managen. Die VG-Musik- oder Gesangstage sind positive Beispiele, ebenso die Förderung des VG-Jugendorchesters. Darüber hinaus bleiben aber noch viele Möglichkeiten.

Im Tourismusbereich ist das fehlende Konzept seit Jahren offensichtlich. Eigentlich sollte der Zuschuss zu UTE über die Jahre geringer werden und der Verein sich selbst tragen. Tatsächlich steigen die Zuwendungen von Jahr zu Jahr. Deshalb beantragen wir, die Sonderzuwendung für UTE in Höhe von 53.000 Euro mit einem zukunftsweisenden Konzept zu unterlegen.

Was uns mit der Hunsrückbahn noch blüht, werden wir sehen. Es gibt immer noch kein tragfähiges Konzept, insbesondere auch die Folgekosten betreffend, und der geringere Kaufpreis wirkt sich nicht auf die VG aus. Der Haupt- und Finanzausschuss hat mehrheitlich einem Kaufvertrag zugestimmt, den keiner kennt. Das Thema bleibt spannend. Für die Sozialdemokraten ist der Erhalt der Bahntrasse wichtig, aber unser eigentliches Anliegen, die touristische Nutzung –mehr als nur Schienenbusse- scheint in weiter Ferne. Wer auch noch Personennahverkehr auf der Strecke suggeriert, der scheint jenseits der Realität zu denken.

Zu Tourismus und Wirtschaftsförderung zählt die SPD-Fraktion natürlich das Erholungs- und Gesundheitszentrum. Das EGZ ist ein wichtiger Standortfaktor für die VG: attraktiv und wirtschaftlich. Wir müssen gemeinsam alles daran setzen, dass dies auch in Zukunft so bleibt und ständig an der Weiterentwicklung arbeiten. Die Bauunterhaltung muss endlich auch gemacht werden.

Sehr erfreulich ist, dass unser Antrag zum Nahwärmekonzept so schnell mit Hilfe des KII-Programms verwirklicht werden konnte. Mit dem Anschluss des EGZ an das Netz, erhoffen wir uns auch eine positive Veränderung der Energiekosten für das EGZ und die weiteren kommunalen

Gebäude. Auch für Private ist das eine interessante Perspektive. Da sieht man: in der VG Thalfang wird zukunftsgerichtet gehandelt. Das wollen wir weiter aktiv begleiten.

Unsere positive Einstellung zu den Feuerwehren haben wir in den letzten Jahren durch die Beschlüsse zur guten Ausstattung der Feuerwehren immer wieder unter Beweis gestellt. Dieser Haushalt trägt dem auch wiederum Rechnung mit der Einstellung der Feuerwehrehäuser in Immert und Thalfang und vielen anderen mehr. Wir tun nur das unbedingt Notwendige, aber wir stärken und fördern unsere Feuerwehren, die einen wichtigen Beitrag in unserer Gesellschaft leisten.

Der DRK Ortsverein hat die VG darüber hinaus um eine finanzielle Unterstützung für die Ersatzanschaffung eines neuen Krankenwagens gebeten. Wir stehen diesem Ansinnen offen gegenüber. Das DRK leistet ebenso wie die Feuerwehr einen wichtigen Beitrag für das Gemeinwesen. Allerdings wäre dies eine freiwillige Aufgabe, Feuerwehrwesen ist eine Pflichtaufgabe. Zur Förderung sind uns noch Fragen offen, die wir gerne im Haupt- und Finanzausschuss diskutieren und dann das Anliegen des DRK Ortsvereins abschließend bewerten möchten.

Zum „Ärztlicher Bereitschaftsdienst“ unterstützen wir die zur Verabschiedung vorgesehene Resolution in vollem Umfange.

Seit vielen Jahren immer wieder haben wir den Hochwasserschutz auf der Agenda. Seit ich 1994 in den VG-Rat gerückt bin, ist immer ein Ansatz dazu im Haushalt gewesen, aber leider ist oft nichts passiert. Mit dem Anspruch auf glaubhafte Politik hoffe ich, dass im nächsten Jahr nun endlich auch die Maßnahmen zur Flussgebietsentwicklung „Oberlauf Kleine Dhron“ verwirklicht werden. Wir haben das schon für dieses Jahr geglaubt, es war noch Klärungsbedarf. Jetzt ist das Projekt in greifbarer Nähe. Das ist ein dicker Brocken im Haushalt, aber es lohnt sich: es ist eine Investition in die Umwelt und in den Hochwasserschutz. Das Land gibt dazu Fördermittel bis zu 90%.

Bezüglich des wichtigen Themas „Kommunal- und Verwaltungsreform“ werde ich unter dem besonderen Tagesordnungspunkt den Antrag der SPD-Fraktion begründen.

Viele Entwicklungen werden wir in den nächsten Jahren aktiv zu begleiten haben. Einige sind heute angesprochen, viele andere werden dazu kommen.

Zum Schluss möchte ich Ihnen Herr Bürgermeister Dellwo sowie den Beigeordneten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit danken. Bitte geben Sie den Dank weiter.

Ein unbekannter Autor hat einmal gesagt:

Das meiste ist noch nicht getan – wunderbare Zukunft!

In diesem Sinne: Verfolgen wir unser Ziel, lassen Sie uns jedes Jahr ein bisschen besser werden, für die Menschen in unserer Verbandsgemeinde.

Der Haushalt für das Jahr 2010 führt im Wesentlichen die Politik der vergangenen Jahre, an der wir erfolgreich mitgewirkt haben, fort. Aus diesem Grund wird die SPD-Fraktion dem vorgelegten Haushalt 2010 zustimmen.

Ich wünsche Ihnen allen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr.

Folgende Sach- bzw. Begleitanträge zum Haushalt 2010 wurden seitens der SPD-Fraktion gestellt, die weitestgehend in der vorstehend aufgezeigten Stellungnahme der Fraktionsvorsitzenden begründet wurden:

#### 1. Sanierung der Erbeskopf-Realschule Plus Thalfang

Die SPD-Ratsfraktion beantragt:

Der Verbandsgemeinderat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Rahmenterminplan für die Sanierung der Erbeskopf-Realschule Plus Thalfang mit dem beauftragten Architektenbüro Loewer + Partner als festen Meilensteinplan mit klaren Termin- und Zielvorgaben sowie Zuständigkeiten zu vereinbaren. Bei Nichteinhaltung der Terminvorgaben sind Vertragsstrafen zu vereinbaren. Darüber hinaus sind die Beigeordneten und Fraktionsvorsitzenden sofort bei Terminverschiebungen bzw. bei der Nicht-

einholung von Terminen zu informieren. Ziel muss es sein, dass so schnell wie möglich Förderanträge inkl. aller zur Genehmigung erforderlichen Unterlagen gestellt werden, um die Sanierung der Schule schnellstmöglich beginnen, durchführen und abschließen zu können, um im zukünftigen Wettbewerb der Schulstandorte bestmögliche Voraussetzungen zu haben.

## 2. Ferienbetreuungsmaßnahmen in der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf

Die Landesregierung hat Mitte November 2009 angekündigt, die Kommunen in Rheinland-Pfalz dabei zu unterstützen, ein sinnvolles, anregendes und für die Eltern kostengünstiges Ferienangebot für Kinder umzusetzen. Dabei spielt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine wichtige Rolle. Fördermittel soll es neben den bisherigen Möglichkeiten auch für den Einbezug von Ganztagschulen in die Ferienbetreuungsangebote geben.

Die SPD-Ratsfraktion beantragt:

Der Verbandsgemeinderat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, Initiativen zu ergreifen, um gemeinsam mit dem Jugendamt des Kreises, den beiden Ganztagschulen in der VG und weiteren Kooperationspartnern aus Vereinen und Verbänden eine Konzeption für eine Ferienbetreuungsmaßnahme in den Sommerferien 2010 zur Förderung an das Land anzumelden.

## 3. Wirtschaftsförderung

Die SPD-Ratsfraktion beantragt:

Der Verbandsgemeinderat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Verbandsgemeinderat im I. Quartal 2010 ein zukunftsgerichtetes Konzept für die Wirtschaftsförderung in der Verbandsgemeinde vorzulegen. In diesem Konzept sollen auch die Umsetzungs-Vorschläge aus dem Stoffstrommanagement einbezogen werden.

## 4. Tourismusförderung

Die SPD-Ratsfraktion beantragt:

Der Verbandsgemeinderat beschließt:

Die Verbandsgemeindeverwaltung unterlegt den im Haushalt veranschlagten Betrag für die Sonderzuwendung an UTE in Höhe von 53.000 Euro mit einem zukunftsgerichteten Konzept zur Weiterentwicklung der Tourismusförderung. Ein solches Konzept soll u.a. mit klaren Zielen, Zuständigkeiten, Terminplanung, ggf. Kostenveranschlagung vorbereitet sein. Die Ergebnisse sind im I. Quartal 2010 vorzulegen.

## 5. Kulturförderung

Die SPD-Ratsfraktion beantragt:

Der Verbandsgemeinderat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Verbandsgemeinderat im I. Quartal 2010 ein zukunftsgerichtetes Konzept für die Kulturförderung in der Verbandsgemeinde vorzulegen.

## 6. Sportförderung

Die SPD-Ratsfraktion beantragt:

Der Verbandsgemeinderat beschließt:

Der Haushaltsansatz für das Produkt 4.2.1.0 „Zentrale Sportveranstaltungen“ wird auf 5.000 Euro erhöht, um im Rahmen der Sportförderung überregionale, internationale Großsportveranstaltungen angemessen fördern zu können und deren Durchführung für die Zukunft zu sichern (z.B. Erbeskopfmountainbike-Marathon).

## 7. Sporthallsituation

Die SPD-Ratsfraktion beantragt:

Der Verbandsgemeinderat beschließt:

Der Ansatz in Höhe von 13.000 Euro für die Anmietung der Sporthalle im Hotel Haus Hochwald in Horath wird mit einem Sperrvermerk versehen (Konto 52539). Zunächst wird geprüft, ob anhand der tatsächlichen Nutzung der Hallen in Thalfang und Heidenburg freie Kapazitäten bestehen, die eine Ausübung der jetzt für Horath vorgesehenen Sportgruppen ganz oder teilweise er-

möglichst. Über die Nutzung der Halle im Hotel Haus Hochwald in Horath wird im nächsten Haupt- und Finanzausschuss unter Würdigung der Gesamtumstände endgültig entschieden. Die Verwaltung wird ferner aufgefordert, die Belegungspläne der Sporthallen künftig so zu gestalten, dass auf die Anmietung der Halle in Horath soweit wie möglich verzichtet werden kann.

Für die FWG-Fraktion gab deren Vorsitzender Ratsmitglied Richard Pestemer folgende Stellungnahme zum Haushalt 2010 zu Protokoll:

Die FWG-Fraktion hat die Vertagung der Haushaltsberatungen beantragt. Eine Nichtvertagung der Haushaltsberatungen allein ist schon Grund genug den vorliegenden Haushaltsentwurf abzulehnen.

Zudem erfolgen die Haushaltsberatungen in einer besonderen Situation: Landrätin Beate Läsche-Weber hat in ihren Vorbemerkungen zum Haushaltsplanentwurf des Landkreises vollkommen zu Recht festgestellt: „Nicht erst seit den Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise steht das Thema der öffentlichen Verschuldung, die den Kreisen große Sorgen bereitet und uns zunehmend kaum noch lösbare Probleme stellt, im Fokus!“ Im Weiteren verweist sie auf den Kommunalen Finanz- und Schuldenreport der Bertelsmann-Stiftung: „Während die Kommunen bundesweit in den steuerstarken Jahren 2007 und 2008 endlich wieder Überschüsse erwirtschaften konnten, verzeichneten die RLP-Kommunen das 19. Jahr in Folge Defizite.“ Dann nimmt sie die Kurve zur Kreisumlage: „Im Landkreis BKS-WIL wurde im Jahr 2009 ein Kassenkreditrahmen von bis zu 31 Mio. € in Anspruch genommen. Seit Anfang der 90iger Jahre driften das Einnahmesystem der Landkreise und ihre insbesondere durch die sozialen Leistungen bestimmten Ausgaben immer weiter auseinander. Weil die Kreisumlage zur Schließung dieser Lücke nicht ausreicht, fordern die Kreise seit langem eine aufgabenbestimmte Finanzausstattung der Kreise.“ Denn, so klagt die Landrätin: „Die kommunalen Gebietskörperschaften sind dringend darauf angewiesen, dass die in der Koalitionsvereinbarung angekündigte Gemeindefinanzreform zügig angepackt wird.“ Ihre Schlussfolgerung ist allerdings nicht, dass Bürgerinnen, Ortsgemeinden und die Gemeindeverbände – Verbandsgemeinden und Kreise – gemeinsam auf „eine aufgabenangemessene Finanzausstattung“ aller Kommunen mittels Durchsetzung des Konnexitätsprinzips – „Wer bestellt, der bezahlt!“ – drängt. Nein ihre Schlussfolgerung ist: „Solange es durch das Land keine aufgabenangemessene Finanzausstattung gibt, bleibt den Landkreisen keine andere Wahl als die Kreisumlage erheblich zu erhöhen!“ Um saftige 3.7 Punkte!

Die soll nach dem Motto „Den Letzten beißen die Hunde!“ über die Verbandsgemeinden an die Ortsgemeinden durchgereicht werden. Die VG Thalfang wird mit zusätzlich 34.000 € belastet, alle Ortsgemeinden mit 169.000 € und die Ortsgemeinde Neunkirchen mit 3000 €. Und die Ortsgemeinden, die wie Neunkirchen z.B. über Einnahmen aus der Windkraft verfügen, müssen den Gürtel noch enger schnallen. Da es vorne und nicht langt, um die kommunale Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen ohne weitere Verschuldung zu gewährleisten. Durch die Schaffung eines VG-weiten Zweckverband Windkraft hätte das Auseinanderdriften von „Windkraft-Habenichtsen“ und „Windkraft-gemeinden“ vermieden werden können.

Denn Kreis und Verbandsgemeinden sind aufgerufen sich schützend vor die Ortsgemeinden und die dort lebenden BürgerInnen zu stellen. Vor allem aber gegenüber den Zugriffen von BUND und Land. Die Ortsgemeinde Neunkirchen hat in mehreren gerichtlichen Auseinandersetzungen - bislang noch vergeblich – versucht klarzustellen, dass laut Artikel 28 des Grundgesetzes „Die Gewährleistung der Selbstverwaltung“ auch „die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung umfasst.“

Konfrontiert sehen sich indessen die Ortsgemeinden und die in ihnen lebenden BürgerInnen auch auf Verbandsgemeindeebene mit einer ungebremsten Verschuldungspolitik. Mit dem Ergebnis, dass uns heute ein VG-Haushalt, der für 2010 ein Fehlbedarf von 897.000 € aufweist. Der Jahresfehlbedarf erhöht sich gegenüber 2009 um 187.000 €. Die Verschuldung steigt um 2.5 Mio. €. Darin enthalten 820.000 € zusätzlich erforderliche Liquiditätskredite. Insgesamt sind die notwen-

digen Liquiditätskredite mit knapp 6 Mio. € zu veranschlagen. Die Ortsgemeinden sind geschätzt – einschließlich Liquiditätskredite und Investitionskredite – mit ca. 13 Mio. € verschuldet. Die VG Thalfang wird zum Ende des Jahres mit einer Steigerung von 5,7 Mio. € gegenüber dem Vorjahr insgesamt mit 28,5 Mio € noch weiter in die Roten Zahlen abrutschen. Innerhalb des Kreises weist die VG Thalfang zudem die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aus (1.549 €).

Die Gesamtverschuldung der VG, der Werke und der Ortsgemeinden beläuft sich somit auf geschätzt ca. 53 Mio. €. Wie viele Jahre dauert es diese Schulden, von BUND und Land wollen wir gar nicht reden, zu tilgen? Alleine für die VG-Schulden beim heutigen Tilgungsniveau sind es wohl weit über 100 Jahre. Immer wieder versucht uns aber Bürgermeister Dellwo bildhaft darzustellen: „So sei das halt, wenn man ein Haus mit geliehenem Geld baut. Man zahlt den aufgenommen Kredit und erhält einen Gegenwert!“ Und was ist, wenn man die Kredite nicht zurückzahlen kann, und die Schulden weiter ansteigen? Dann muss man als Häuslebauer sein Häuschen der Bank überschreiben! Wem wollen wir die VG überschreiben? Wo sind die Gegenwerte? Ist das der Grund warum uns ein Haushalt ohne Bilanz, so wie es die Doppik vorschreibt, erst Mitte des Jahres vorgelegt werden soll? Weil die Gegenwerte schon verzehrt sind, wir nur noch von der Substanz leben?

Es bestätigt sich, dass es richtig war und ist, wenn wir, die FWG-Fraktion angemahnt haben eine Haushaltskonsolidierung im Sinne der Gemeindeordnung vorzunehmen. Wir haben immer wieder eindringlich gefordert, dass sich die Verbandsgemeinde auf die Rolle der Schreibstube für die Ortsgemeinden beschränken muss. Und nicht als Tourismusunternehmer mit einem Wellnessbad, dem Hunsrückhaus auftreten soll. Wir brauchen einen umfassenden Kassensturz und werden erneut Anträge in diesem Sinne stellen. Finanzbeteiligungen bei der Hunsrückbahn, der Bau einer neuen Turnhalle oder der Bau der kostenträchtigen überörtlichen Trinkwasserleitung sind sofort zu stoppen. Ein Verzicht auf Konzessionsabgaben auf unser gutes Quellwasser ist vollkommen unverantwortlich angesichts der desaströsen Kassenlage.

Zum weiteren ist eine Beteiligung und Zustimmung der Ortsgemeinden bei allen sie betreffenden Ausgabeentscheidungen notwendig. Beispiel Hunsrückbahn. Beispiel Tourismusförderung. Beispiel Wellnessbad.

Und was die Umlagebelastungen – Kreis- und Verbandsgemeindeumlage – angeht, so fordern wir eindringlich eine Abkehr von der willkürlichen Umlagerhebungspraxis und hier und heute die Zurückweisung der Kreisumlagerhöhung von 3,7 Punkten.

Die FWG trägt viele Entscheidungen im VG-Rat mit. So z.B. die PCB-Schadstoffsanierung der Regionalen Schule plus. So die Installierung des Wirtschaftsförderers. So die Aktion Blau zur Renaturierung unsere Bäche in der VG. Wir verlangen aber, dass strikt das Konnexitätsprinzip eingehalten wird beim Ausbau der Kindertagesstätten entsprechend des gesetzlichen Anspruches auch Kleinstkinder einen KiTa-Platz zu garantieren. Und das dabei die Ortsgemeinden gegenüber dem Land ohne Wenn und Aber unterstützt werden.

Wir haben mit einer Reihe konstruktiven Anträgen – wie z.B. bei der Installierung des Energie- und Ressourcenberaters konkrete Alternativen zur innovativen Einsparung anstatt weiterer Verschuldung aufgezeigt.

Wir appellieren an alle VG-Ratsfraktionen die Kreisumlagerhöhung einmütig zurückzuweisen.

Wir appellieren an alle VG-Ratsfraktionen endlich die Schuldenstop-Notbremse zu ziehen. Wir wollen somit die Voraussetzungen schaffen um angesichts der Kommunal- und Verwaltungsreform seriöse Gespräche führen zu können.

Dies vor allem deshalb, um die Selbstständigkeit der Ortsgemeinden und die Rechte der in ihnen lebenden BürgerInnen zu bewahren und auszuweiten.

Aber auch die Beschäftigten in unserer Verwaltung haben Anspruch darauf, dass wir eine umfassende Haushaltskonsolidierung durchführen, damit sie sehen, dass ihr tagtäglich Einsatz nicht von der anwachsenden Schuldenlawine zunichte gemacht wird.

Werte Kolleginnen und Kollegen wir bitten Sie daher, auch wenn Sie über Ihren Schatten springen müssen, folgende Sachanträge der FWG-Fraktion zu unterstützen:

## 1. Antrag Ablehnung Kreisumlagen

Die FWG-Fraktion beantragt:

Der Verbandsgemeinderat lehnt die vom Kreistag am 14.12.2009 beschlossene erneute Erhöhung der Kreisumlage ab.

Der Verbandsgemeinderat wird gegen den Bescheid zur Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2010 Rechtsmittel einlegen.

Der Verbandsgemeinderat empfiehlt den Ortsgemeinden ebenso zu verfahren.

## 2. Anträge Haushaltskonsolidierung und Umlagenerhebungspraxis

Die FWG-Fraktion im VG-Rat Thalfang am Erbeskopf beantragt:

1. Die VG-Verwaltung wird aufgefordert bis zur nächsten ordentlichen VG-Ratssitzung entsprechend der Konsolidierungsstrategien wie im Kommunalbrevier dargestellt ein umfassendes Entschuldungskonzept – vorrangig hier Energieeinsparungen – vorzulegen.
2. Die Verbandsgemeindeumlage wird zur Entlastung der Ortsgemeinden auf 30 Punkte gesenkt.
3. Der Verbandsgemeinderat lehnt die willkürliche Umlagenerhebungspraxis ab. Der Verbandsgemeinderat übernimmt stattdessen die Forderung der Ortsgemeinde Neunkirchen nach einer verfassungsrechtlich aufgabenbestimmten Mindestausstattung im Sinne des Artikels 28, Abs. 2 Satz 3 des Grundgesetzes (Die Gewährleistung der Selbstverantwortung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung) für alle Gemeinden und Gemeindeverbände.
4. Bis zur nächsten ordentlichen VG-Ratssitzung soll die VG-Verwaltung einen Vorschlag zur Privatisierung der Wellnessbades sowie des Hunsrückhauses vorlegen.

Für die FDP-Fraktion stellte Ratsmitglied Lothar Manz fest, dass auch der Ergebnishaushalt 2010 mit rd. 900 T € einen deutlichen Fehlbedarf ausweise, der zu einem weiteren Anstieg der Liquiditätskredite führe. Zur berücksichtigen sei bei dieser Ausgangslage jedoch, dass sich die veranschlagten Aufwendungen auf die zwingenden Erfordernisse beschränken und die Haushaltsgestaltung insgesamt ein ausgewogenes Augenmaß nicht vermissen lasse.

Die Ansätze für die Investitionsmaßnahmen „Generalsanierung Realschule Plus“ und „Sporthalle Thalfang“ seien für die Verbandsgemeinde von existenzieller und zukunftsweisender Bedeutung. Angesichts dessen sei es wichtig nunmehr zügig in die Umsetzungsphase zu kommen. Die erfolgte Beschäftigung eines Wirtschaftsförderers, wie kaum in einer anderen Verbandsgemeinde in Rheinland-Pfalz, sei ein wichtiger, längst überfälliger Schritt der vor dem Hintergrund hoher Vorfinanzierungen für Gewerbegebiete und demographische Prozesse zudem als rentierlich einzustufen sei. Die FDP-Fraktion erhoffe sich durch diese Personalentscheidung neue innovative Impulse für die Wirtschaftsentwicklung und Anreize für den Mittelstand in der Verbandsgemeinde. Der erholungs- und gesundheitsfördernde Stellenwert des „EGZ“ für Einheimische und Besucher mache die Einrichtung unentbehrlich. Der wirtschaftliche Betrieb des selben sei gewährleistet, jedoch sollte aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit und der Substanzerhaltung dringend auf eine permanente, moderne Funktionalität und die Vermeidung von Unterhaltungsrückständen geachtet werden. Das Erholungsgebiet „Erbeskopf“ mit seiner öffentlichen und privaten Infrastruktur habe sich zu einem strukturell bedeutsamen regionalen Wirtschaftsfaktor entwickelt. Trotz zu verkraftender jährlicher Defizite gebe es zum „Erbeskopf“ mit den vorgesehenen Entwicklungsmöglichkeiten keine Alternative. In diesem Zusammenhang sprach er sich jedoch für eine umfassende Kostenoptimierung und die Realisierung neuer innovativer Entwicklungsansätze aus.

Bezugnehmend auf die Ausführungen der SPD-Fraktionsvorsitzenden zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes stellte er fest, dass das selbe in der vorgesehenen Form sinnvoll und richtig sei. Mit den vorgesehenen Bürgerentlastungen würden wirkungsvolle Impulse für eine notwendige Wirtschaftsbelebung ausgelöst. „Schwarzmalerei“ sei diesbezüglich fehl am Platze. Im Übrigen werde es nach seiner Einschätzung sicher wieder Zeiten geben wo sich eine SPD-Landtagsfraktion die sachbezogene Unterstützung durch die FDP wünsche. Die Ausführungen des FWG-Fraktionsvorsitzenden bzw. die Position seiner Fraktion seien nicht geeignet die Verbandsgemeinde wirkungsvoll im Interesse der BürgerInnen fortzuentwickeln und seien abgesehen von Verhinderungspositionen destruktiv. Die FDP-Fraktion werde der vorgelegten und vom Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung empfohlenen Fassung der Haushaltsatzung und des Haushaltplanes 2010 zustimmen. Abschließend bedankte er sich beim Rat, dem Bürgermeister und den Beigeordneten sowie bei der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und wünschte allen frohe und besinnliche Weihnachten sowie ein gutes neues Jahr.

Der Haushalt 2010 spiegele, so der CDU-Fraktionsvorsitzende Gereon Haumann im Wesentlichen die aktuellen Beschlusslagen der Gremien der Verbandsgemeinde wieder. Bei der Bewertung des Schuldenstandes der Investitionskredite seien die getätigten bzw. vorgesehenen zukunftssträchtigen Investitionsmaßnahmen in Form von Vermögens-Gegenwerten zu berücksichtigen. Dies gelte auch für die Beteiligungen an den interkommunalen Zweckverbänden. Er gehe davon aus, dass die in 2010 vorzulegenden Eröffnungsbilanzen hierzu entsprechenden Aufschluss lieferten. Mit der konsequenten Investition und Fortschreibung in einer lebenswerte Infrastruktur und Heimat handle die Verbandsgemeinde vorbildlich, nachhaltig und zukunftsorientiert. Die 2010 veranschlagten Investitionen von 2,1 Mio. € bzw. insgesamt 6,7 Mio. € (einschl. Eigenbetrieb) seien diesbezüglich ein ausdrucksstarkes Bekenntnis. Mit „Geld das man nicht ausgibt“ seien diese Zielsetzungen nicht zu verwirklichen. Positionen wie sie die FWG-Fraktion vertrete, seien nicht zielführend und im Sinne der Schaffung gleichwertiger Lebens- und Wohnbedingungen kontraproduktiv. Ausdrücklich widerspreche er der Position der FWG-Fraktion zum „EGZ“. Nach seinem Verständnis diene die Einrichtung in ersten Linie der Gesundheit und der Erholung der hiesigen Bevölkerung.

Dass sich der Gewerbesteuersituation der Verbandsgemeinde trotz des Vorhandensein bundesweit führender Großbetriebe nicht zu positiv darstelle wie andernorts habe werde die Verbandsgemeinde noch die Betriebe zu vertreten. Dies sei ein Ausfluss steuerlicher Rahmenbedingungen aus den 90iger Jahren ohne adäquaten kommunalen Finanzausgleich. Andererseits könne die Verbandsgemeinde auf Betriebe wie z. B. die Hochwald-Nahrungsmittelwerke stolz sein. Mit den aktuellen Unternehmensentscheidungen dieses Betriebes sei der Standort Thalfang sowohl quantitativ als auch qualitativ aufgewertet wurden. Er sprach sich dafür aus den Entwicklungs- und Unternehmensprozess der Hochwald-Nahrungsmittelwerke im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten positiv zu begleiten.

Das vom Vorsitzenden der FWG-Fraktion vorgetragene Zitat der Landrätin bezgl. der Defizitsituation der Kommunen in Rheinland-Pfalz sei das Ergebnis einer durchgeführten Studie, und erfordere eine weitergehende analytische Betrachtung. Mit eine Ursache für den Defizitanstieg sei auch die erfolgte Veränderung des Verhältnisses von Finanzzuweisungen zu Zweckzuweisungen durch den Landesgesetzgeber, wobei ausdrücklich betont werden müsse, dass die Verbandsgemeinde mit Zweckzuweisungen immer gut „bestückt“ worden sei.

Bezugnehmend auf die von der SPD-Fraktionsvorsitzenden angesprochene 50%ige Mitfinanzierung der Realschule Plus durch den Landkreis verwies er auf die diesbezügliche ablehnende Position der ADD, die den Kreistag binde. Eine Situation wie er sagte die eigentlich die kommunale Ebenen Einen und zu parteiübergreifenden Handeln Anlass geben sollte.

Der Antrag des DRK-Ortsvereins Thalfang auf Finanzbeteiligung der Verbandsgemeinde zur Ersatzbeschaffung eines Rettungswagens sei noch genauer zu prüfen und sollte zu diesem Zweck an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen werden.

Anschließend gab der CDU-Fraktionsvorsitzende zu allen 7 Sachanträgen der SPD-Fraktion umfassende Statements ab, die im Zuge der dazu erfolgten nachstehend aufgezeigten Beschlussfassungen Berücksichtigung fanden.

Abschließend bedankte er sich beim Rat, dem Bürgermeister, den Beigeordneten und der Verwaltung für die gute und effiziente Zusammenarbeit und wünschte allen frohe besinnliche Weihnachtsfeiertage und alles Gute im neuen Jahr.

Nach erfolgter Beratung wurden die jeweiligen Sach- und Begleitanträge wie folgt beschlossen:

#### 1. Anträge der FWG-Fraktion

##### a) Ablehnung der Kreisumlage entsprechend der aufgezeigten Formulierung des Fraktionsvorsitzenden.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Der Beschluss erfolgte mit 2 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen

##### b) Anträge Haushalskonsolidierung und Umlageerhebungspraxis.

Die Anträge gem. lfd. Nummer 1-4 entsprechend der Formulierung des Fraktionsvorsitzenden wurden in Einzelabstimmungen abgelehnt

Die Beschlüsse erfolgten jeweils mit 2 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen

#### 2. Anträge der SPD-Fraktion

##### a) Sanierung der Erbeskopf-Realschule Plus Thalfang

Dem Antrag wurde wie von der SPD-Fraktion vorgetragen zugestimmt.

Der Beschluss erfolgte mit 19 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen

(Ratsmitglied Eberhard war bei der Abstimmung nicht zugegen)

##### b) Ferienbetreuungsmaßnahmen in der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf

Als Ausfluss der erfolgten Erörterungen wurde der Antrag der SPD-Fraktion wie folgt modifiziert:

Die Verwaltung wird beauftragt Initiativen zu ergreifen um gemeinsam mit dem Jugendamt des Kreises die beiden Ganztagschulen in der Verbandsgemeinde und weiteren Kooperationspartnern aus Vereinen und Verbänden eine Konzeption für eine Ferienbetreuungsmaßnahme mit einem zeitlichen Umfang von mindestens zwei Wochen zur Förderung beim Land anzumelden. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Ferienfreizeiten in der bisherigen Form aufrechterhalten bleiben und optimiert werden. Die gegebenenfalls durch die Fördermittel des Landes frei werdende Eigenmittel sollen für weitergehende Ferienmaßnahmen eingesetzt werden.

Der Beschluss erfolgte mit 20 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

##### c) Anträge Wirtschafts- und Tourismusförderung

Abweichend zu dem ursprünglichen Antrag der SPD-Fraktion soll ein übergreifendes abgestimmtes zukunftsgerichtetes Konzept gemeinsam für die Aufgabenbereiche „Wirtschaftsförderung und Tourismusförderung“ erstellt werden. Der Teilbereich Wirtschaftsförderung soll auch die Umsetzungsvorschläge aus dem Stoffstrommanagement berücksichtigen. Für den Teilbereich Tourismusförderung soll das Konzept mit klaren Zielen Zuständigkeiten, Terminplanungen und gegebenenfalls Kosten unterlegt werden. Vor dem Hintergrund der originären Zuständigkeit des Vereins „Urlaubsregion Thalfang am Erbeskopf“ wird der konzeptionelle Teilbereich Tourismus vom Vorstand des Vereins entwickelt werden.

Die zusammengeführten Konzeptteile sollen nach Fertigstellung im zuständigen Ausschuss Wirtschaft, Tourismus und Kultur beraten werden. Als Zeitvorgabe für die Vorlage des Konzeptes wurde Ende des II. Quartals 2010 festgelegt.

Der Beschluss erfolgte mit 20 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

d) Antrag „Kulturförderung“

In Anlehnung an die Zeitvorgabe unter c) entschied der Verbandsgemeinderat wie folgt: Die Verwaltung wird beauftragt dem Verbandsgemeinderat bis zum Ende des II. Quartal 2010 ein zukunftsgerechtes Konzept für die Kulturförderung der Verbandsgemeinde vorzulegen.

Der Beschluss erfolgte mit 20 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

e) Sportförderung

Nach erfolgter Erörterung wurde wie folgt beschlossen: Der Haushaltsansatz für das Produkt 4.2.1.0 „Zentrale Sportveranstaltungen“ wird auf 5000 € erhöht. Die Verwaltung wird beauftragt bezüglich des Einsatzes dieser Finanzmittel ein Konzept zu erarbeiten und dieses anschließend dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung vorzulegen.

Der Beschluss erfolgte mit 17 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen.

(Ratsmitglied Pestemer war bei der Abstimmung nicht zugegen.)

f) Sporthallensituation

Grundsätzlich wurde beschlossen den Status Quo der Sporthalle des Haus Hochwald Horath bzgl. der sporttreibenden Gruppen und Vereine bis zur Klärung aller Einzelheiten beizubehalten. Die Verwaltung wird beauftragt zwischenzeitlich nochmals umfassend die Kapazitäten aller Hallen in der Verbandsgemeinde zu prüfen. Ferner soll ein belastbarer betriebswirtschaftlicher Kostenvergleich herunter gebrochen auf eine Übungseinheit vorgenommen werden. Auf der Basis der Erkenntnisse bzw. Ergebnisse soll die Angelegenheit in der nächsten Haupt- und Finanzausschusssitzung abschließend entschieden werden.

Der Beschluss erfolgte mit 20 Ja-Stimmen (einstimmig).

Ratsmitglied Haumann hat gem. § 22 GemO an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

Ratsmitglied Eberhard war bei der Abstimmung nicht zugegen.

Nach Abschluss der Debatte beschloss der Verbandsgemeinderat die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2010 mit Anlagen in der vom Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 08.12.2009 zur Beschlussfassung empfohlenen Form unter Berücksichtigung der in der heutigen Sitzung beschlossenen Änderungen (Erhöhung des Ansatzes Sportförderung auf 5.000 €) und den Ergänzungen entsprechend den in dieser Niederschrift aufgezeigten Sach- und Begleitanträgen.

Die Haushaltssatzung 2010 wurde wie folgt festgesetzt:

Der Inhalt der Haushaltssatzung wird nach Genehmigung durch die Kommunalaufsicht bekanntgegeben.

Der Beschluss erfolgte mit 20 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen.

Ratsmitglied Wieck hat nach diesem Tagesordnungspunkt um 20.20 Uhr die Sitzung verlassen, sodass die Anzahl der Stimmberechtigten einschl. Bürgermeister 21 betrug.

**Zu TOP 7:** Schulsporthalle Thalfang

Einleitend verwies der Bürgermeister auf die Beschlussempfehlung des Bau- und Liegenschaftsausschusses in seiner Sitzung am 24.11.2009. Danach wurde dem Verbandsgemeinderat folgende Beschlussfassung empfohlen:

„Neubau einer neuen Schulsporthalle als die wirtschaftlichste Lösung mit den Abmessungen 22 x 44 m als 2-Feldhalle mit Tribüne auf dem Standort an der Straße „In der Nah“ gegenüber der Schule (derzeitiger Parkplatz/Stellplätze)“

Er führte weiter aus dass zur Realisierung dieser Variante noch ein zusätzlicher Flächenbedarf von rd. 2400 m<sup>2</sup> erforderlich sei. Der Eigentümer habe, jedoch ohne Preisangabe, bereits Verkaufsbereitschaft signalisiert.

Nachdem Herr Bartelmann vom Architekturbüro Loewer & Partner die einzelnen in der Sitzungsvorlage dargestellten 4 Varianten erläutert hatte und nach sich daran anschließender Erörterung wurde folgender Beschluss gefasst:

Das Architekturbüro Loewer & Partner wird beauftragt die Ausführungsvariante E (Neubau einer 2-Feldhalle mit Tribüne und den Abmessungen 22 x 44 m auf dem Standort an der Straße „In der Nah“ gegenüber der Schule (derzeitiger Parkplatz/Stellplätze) im Kontext mit der Kostenvariante D (4,6 – 5,5 Mio. €) intensiv und im Detail unter Berücksichtigung aller Belange (z.B. verkehrliche, architektonische und städtebaulicher Erfordernisse) zu untersuchen.

Ausdrücklich wurde vom Rat bekundet dass es sich dabei noch nicht um eine endgültige Entscheidung handele, sondern lediglich um eine Vorvoruntersuchung. Sobald die Ergebnisse der bez. Untersuchung vorliegen, soll die Angelegenheit erneut im Bau- und Liegenschaftsausschuss mit der Zielsetzung der Entwicklung einer dezidierten Beschlussempfehlung an den Verbandsgemeinderat beraten werden.

Der Beschluss erfolgte mit 19 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen.

#### **Zu TOP 8:** Gefahrenabwehrverordnung

Mit Hinweis auf die in der Sitzungsvorlage dargestellte Sach- und Rechtslage beschloss der Verbandsgemeinderat die Neufassung der Gefahrenabwehrverordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf öffentlichen Straßen, in öffentlichen Anlagen und auf öffentlichen Flächen in den Ortsgemeinden Berglicht, Breit, Büdlich, Burtscheid, Etgert, Gräfendhron, Heidenburg, Horath, Malborn, Mersbach, Schönberg und Thalfang. gem. der vorgelegten Fassung.

Der Beschluss erfolgte mit 17 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

#### **Zu TOP 9:** Resolution bzgl. der Zuordnung der Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf zur ärztlichen Bereitschaftszentrale in Birkenfeld

Nach erfolgter Erörterung der Angelegenheit auf Basis einer von den Ortsgemeinden Büdlich und Heidenburg vorbereiteten Resolution beschloss der Verbandsgemeinderat mit der Maßgabe der sofortigen Weiterleitung an die Kassenärztliche Vereinigung folgende Resolution:

Resolution zur der Zuordnung der Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf zur ärztlichen Bereitschaftszentrale in Birkenfeld

Der Verbandsgemeinderat Thalfang am Erbeskopf fordert die kassenärztliche Vereinigung (KV) Mainz auf, die Zuordnung der Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf zur Ärztlichen Bereitschaftsdienstzentrale in Birkenfeld sofort zurückzunehmen und eine vorläufige Zuordnung zur Ärztlichen Bereitschaftsdienstzentrale in zumutbarer Nähe ( z.B. Mutterhaus in Trier oder Krankenhaus Hermeskeil) mit sofortiger Wirkung zum 06.10.2010 vorzunehmen.

Sollten später weitere ärztliche Bereitschaftsdienste zentral in der Region eingerichtet werden verpflichtet sich die KV Mainz eine Zuordnungsänderung nur im Einvernehmen mit der Verbandsgemeinde vorzunehmen.

Begründung: Die geplante Zuordnung zur Ärztlichen Gemeinschaftszentrale Birkenfeld ist für die Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde Thalfang nicht hinnehmbar. Birkenfeld ist für die meisten Ortsgemeinden weiter entfernt als Trier und die sonstigen in Betracht kommenden Anlaufstellen. Die verkehrsmäßige Anbindung nach Birkenfeld ist unbestritten wesentlich schlechter und die Fahrzeiten sind wesentlich höher. In den Wintermonaten mit den witterungsbedingten Straßenproblemen gerade im Bereich Erbeskopf ist diese Zuordnung unverantwortlich.

Die Fahrt zur Ärztlichen Bereitschaftszentrale erfolgt in der Regel unter sehr hohen persönlichen Belastungen, sodass man durch die äußerst schlechte Verkehrsanbindung die Risiken für die betroffenen Menschen nicht zusätzlich erhöhen sollte.

Wir bitten um Korrektur der Zuordnung zur Ärztlichen Bereitschaftszentrale zum Wohle der hier von betroffenen Menschen in der Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf.

Der Beschluss erfolgte mit 21 Ja-Stimmen (einstimmig).

### **Zu TOP 10:            Kommunal- und Verwaltungsreform**

Bezugnehmend auf den Antrag ihrer Fraktion vor Eintritt in die Tagesordnung führte die Fraktionsvorsitzende der SPD folgendes aus:

Das Innenministerium hat die Verbandsgemeinde Thalfang am Erbeskopf als eine der Verbandsgemeinden benannt bei denen dringender Handlungsbedarf besteht. Seit Jahren sind die Sozialdemokraten der Verbandsgemeinde für mehr interkommunale Kooperation. Deshalb haben wir vor einer freiwilligen Fusion keine Angst. Wir wollen diesen Weg aktiv gestalten und nicht abwarten bis uns evtl. die Handlungsfähigkeit genommen wird, Wir müssen miteinander überlegen, wie wir uns positionieren und welche Strategie wir einschlagen wollen. Kreative Ideen sind gefragt, daran wollen wir mitarbeiten. Für uns ist klar, wir sehen in einer freiwilligen Fusion mit der Nachbarverbandsgemeinde Neumagen-Dhron, die in derselben Situation ist wie wir, eine gute Zukunftsperspektive für die Verbandsgemeinde. Das ist aus unserer Sicht der einzige Weg die Verbandsgemeinde (auch die in Neumagen-Dhron) in ihrer Struktur als ganzes zu erhalten, also nicht zerschlagen zu werden. Das ist eine Perspektive für eine sinnvolle effektive Zusammenarbeit für eine weiterhin bürgerfreundliche Verwaltung auch im Interesse der Arbeitsplatzsicherung der Mitarbeiter in den Verbandsgemeinden. Dann kann man sagen, warum kommt ihr jetzt damit, wo das Thema doch im Januar bei einer eigenen Verbandsgemeinderatssitzung mit dem Innenminister Thema ist. Die Antwort ist klar: einerseits haben unsere Bürger und Bürgerinnen ein Recht darauf zu wissen, was wir wollen, andererseits wollen wir auch ein klares Zeichen nach Neumagen-Dhron senden, wo jetzt die Bürgerbeteiligung stattfindet.

Die übrigen Fraktionen des Rates vertaten die Auffassung, dass die betreffende themenbezogene Arbeitsgruppe gebildet worden sei, um eine abgestimmte und zielorientierte Vorgehensweise in der Angelegenheit zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund und um eine nicht mehr korrigierbare Vorfestlegung zu vermeiden, sollten unbedingt die Erkenntnisse aus dem Termin 15.01.2009

(öffentliche Verbandsgemeinderatsitzung mit Innenminister Karl Peter Bruch) abgewartet werden bevor sich die Arbeitsgruppe nochmals mit der inhaltlichen Vorgehensweise befasst.

Über den Antrag der SPD-Fraktion wurde abgestimmt.

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Der Beschluss erfolgte mit 9 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen.

### **Zu TOP 11: Informationen**

#### A) Anfragen zur Nahwärmeversorgung der Ortsgemeinde Thalfang

Die betreffenden 5 Anfragen in der bezeichneten Angelegenheit wurden der Verwaltung mit der Bitte um schriftliche Beantwortung gem. § 19 Abs. 3 Buchst. a der Geschäftsordnung übergeben.

#### B) Neue Straßenbeleuchtungsverträge der Ortsgemeinden

Ortsbürgermeister Pestemer kritisierte, dass die Verwaltung in der Ortsbürgermeisterdienstbesprechung am 10.12.2009 eine Empfehlung zum Abschluss der Straßenbeleuchtungsverträge auf der Grundlage der Basismodule ausgesprochen habe.

Am Ende der Sitzung bedankte sich der Bürgermeister beim Rat, den Beigeordneten und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit im ablaufenden Jahr 2009 und wünschte alle frohe und besinnliche Weihnachten und ein gutes neues Jahr. Den Erkrankten aus dem Rat wünschte er gute Besserung und schnelle Genesung.

Um 21.10 Uhr schloss er die Sitzung.